

Sparda-Bank



Geschäftsbericht 2024

Sparda-Bank Hannover eG

Sparda-Bank

freundlich & fair

Inhalt

Geschäftsbericht 2024

- 2** Bericht des Vorstandes
- 3** Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!
- 4** Ein Partner für die Zukunft
- 5** Wir sind für Sie da!
- 6** Organe
- 7** Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024
- 22** Bericht des Aufsichtsrates
- 23** Jahresabschluss 2024
- 39** Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 46** Dankeschön
- 46** Impressum
- 47** Unsere Standorte

Bericht des Vorstandes

Gutes Jahresergebnis ermöglicht Dividende von 4,5 Prozent

Auch das Jahr 2024 war von Krisen und Unsicherheiten geprägt, was die Rahmenbedingungen herausfordernd machte. Dennoch haben wir das Geschäftsjahr mit einem guten Ergebnis abgeschlossen. Der Jahresüberschuss betrug 7,6 Millionen Euro und die Bilanzsumme stieg auf 5,2 Milliarden Euro. Damit sind wir weiterhin eine der größten Genossenschaftsbanken in Norddeutschland.

In unruhigen Zeiten wächst das Bedürfnis nach Verlässlichkeit. Deshalb vertrauen rund 230.000 Kundinnen und Kunden unserem von Solidität und Kontinuität geprägten genossenschaftlichen Geschäftsmodell.

Die Kundeneinlagen erhöhten sich auf 4,5 Milliarden Euro. Dieser Zuwachs ist auf die gute Annahme der Anlageprodukte mit festen Laufzeiten durch unsere Kundinnen und Kunden zurückzuführen. Nach einer rückläufigen Entwicklung in den vergangenen Jahren wuchsen die Kundenkredite im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent. Aufgrund unserer fairen Konditionen und der kompetenten Beratung zeichnete uns die Zeitschrift FOCUS MONEY wie schon in den Vorjahren als einen der fairsten Baufinanzierer aus.

Im Jahr 2024 beschäftigten wir durchschnittlich 414 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu Beginn des Jahres zählten wir vierzehn Auszubildende, von denen drei im Januar ihre Ausbildung erfolgreich abschlossen. Zum 01. August starteten elf neue Auszubildende bei uns in ihr Berufsleben.

Der Provisionsüberschuss ging leicht zurück auf 19 Millionen Euro. Die Provisionserträge konnten um 0,4 Millionen Euro auf 27 Millionen Euro gesteigert werden.

Der Jahresüberschuss ermöglicht eine Dividende von 4,5 Prozent und eine angemessene Dotierung der offenen Rücklagen. Die Gesamtkapitalquote lag per 31. Dezember 2024 bei 20,3 Prozent. Die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kennzahlen erfüllen wir umfassend.



Die Bilanzsumme stieg im Jahr 2024 um 2 Prozent auf **5,2 Milliarden Euro**.

27 Millionen Euro betrug unser Provisionsertrag Ende 2024. Im Vergleich: Ende 2023 waren es 26,6 Millionen Euro.



231 Vollzeitbeschäftigte und 183 Teilzeitbeschäftigte das heißt 414 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren 2024 durchschnittlich bei uns beschäftigt.



7,6 Millionen Euro betrug unser Jahresüberschuss Ende 2024.

Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!



Freundlich und fair.

**Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Kundinnen, Kunden und Mitglieder,**

das vergangene Jahr war erneut von Belastungen, wie der verhaltenen globalen Industriekonjunktur sowie inländischen Strukturproblemen, geprägt. Auch der Bruch der Ampel-Regierungskoalition und der Wahlsieg Donald Trumps bei den US-Präsidentenwahlen sorgten für wirtschaftspolitische Unsicherheit.

Unter diesen Rahmenbedingungen und anhaltend starkem Wettbewerb haben wir Sicherheit vermittelt sowie Stabilität bewiesen und das Geschäftsjahr 2024 erfolgreich abgeschlossen.

Dabei steht für uns weiterhin der Mensch im Mittelpunkt. Der persönliche Austausch und das menschliche Miteinander bleiben für uns besonders wichtig. Seit über 120 Jahren leben wir den genossenschaftlichen Gedanken der Fürsorge und Solidarität.

Auch in Zukunft können sich die Menschen in der Region darauf verlassen, dass wir Verantwortung übernehmen. Wir bleiben freundlich und fair.

Herzliche Grüße

Ihr Vorstand der Sparda-Bank Hannover eG

Ein Partner für die Zukunft



Wir als Arbeitgeber

Wir sind stolz darauf, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchschnittlich 19,6 Jahre ein Teil unserer Gemeinschaft sind. Im August 2024 haben elf junge Menschen ihre Ausbildung bei uns begonnen – ein wichtiger Schritt in eine erfolgreiche Zukunft.

Externe Bewerberinnen und Bewerber sowie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben uns wieder überdurchschnittlich positiv bewertet und machen uns zur „kununu Top Company 2024“. Neben einer attraktiven Vergütung mit Sonderzahlungen und flexiblen Arbeitszeitmodellen profitieren alle von attraktiven Corporate Benefits und einer wertschätzenden Unternehmenskultur.

20 Jahre STIFTUNG Sparda-Bank Hannover

Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat die STIFTUNG Sparda-Bank Hannover seit 2004 mehr als 3.800 Förderungen in Höhe von rund 23 Millionen Euro realisiert und sich für Menschen, Umwelt und Region stark gemacht.

Im Jubiläumsjahr 2024 fanden zahlreiche Aktionen und Förderprojekte statt. Dazu gehörten spannende Naturschutzthemen, Gewaltpräventionsprogramme und viele kleine Förderungen, die das soziale Engagement in der Region unterstützen. Ein besonderer Höhepunkt war der „Jubiläumsspielpark für alle“, der auch inklusive Spiel- und Bewegungsgeräte bietet und ein Erlebnisort für unterschiedliche Generationen ist.

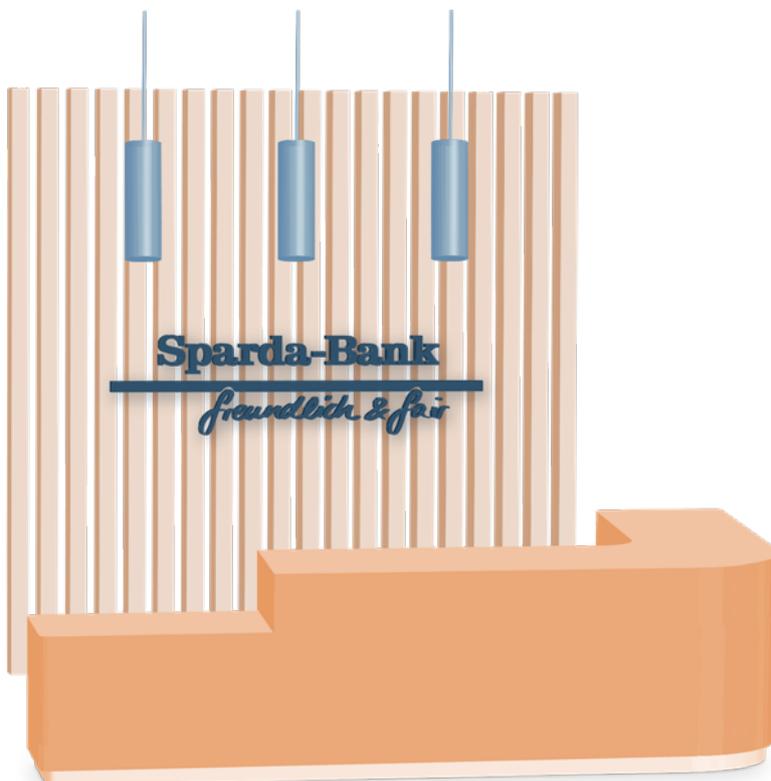
Fest steht: Die STIFTUNG Sparda-Bank Hannover ist und bleibt ein verlässlicher Partner in ihrem Fördergebiet.



Wir sind für Sie da!

Moderne Kundenkommunikation

Die digitalen Medien spielen eine zunehmend wichtige Rolle in unserer Kundenkommunikation. Rund 4.200 Personen folgen uns auf unseren sozialen Plattformen wie Facebook, Instagram, LinkedIn und YouTube. Seit dem Sommer versenden wir wieder einen monatlichen Newsletter. Dieser informiert über alle Neuigkeiten rund um die Bank. Auch unsere Online-Werbung kommt in Kombination mit unseren digitalen Prozessen bei den Nutzern an. Mit den Online-Veranstaltungen „Alles digital?“ und „Alles geregelt?“ haben wir rund 4.500 Zuschauerinnen und Zuschauer erreicht – ein Rekordergebnis.



Marke im Raum

Im Jahr 2024 haben die größten Um- und Bauaktivitäten der letzten 25 Jahre begonnen. Die ersten Standorte haben neue Geräte, digitale Bilderrahmen und neue Leuchtmittel erhalten.

Aber das ist erst der Anfang: Wir haben ein neues Raumkonzept auf den Weg gebracht. – Ein wichtiger Schritt zur Stärkung unserer Präsenz in der Region.

Organe

Vorstand

André-Christian Rump (Vorstandsvorsitzender)
Jochen Ramakers (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)
Niclas Bychowski (Vorstandsmitglied)

Aufsichtsrat bis 14. Juni 2024

Susanne Steinert (Aufsichtsratsvorsitzende), Sven Hitz (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), Katrin Becker, Jörg Dreyer, Jürgen Goldberg, Thomas Hermann, Torsten Rathsmann, Prof. Dr. Bodo von Rüden, Dominic Sauer

Die Vertreterversammlung besteht aus 181 Mitgliedervertretern.

Aufsichtsrat ab 14. Juni 2024

Susanne Steinert (Aufsichtsratsvorsitzende)
Sven Hitz (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)
Katrin Becker
Jörg Dreyer
Jürgen Goldberg
Thomas Hermann
Torsten Rathsmann
Prof. Dr. Bodo von Rüden
Dominic Sauer

Die Vertreterversammlung besteht aus 181 Mitgliedervertretern.

Verbandszugehörigkeit

Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt/Main
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

der Sparda-Bank Hannover eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Hannover eG ist eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Rentner und sonstige Privatpersonen. Die Produktpalette ist an den Kunden ausgerichtet. Die Sparda-Bank Hannover eG bietet zielgerichtete Produkte für den Zahlungsverkehr und insbesondere für die von den Kunden nachgefragten Bereiche Bauen und Wohnen sowie Geldanlage und Vorsorge an. Die Kunden stammen nahezu ausschließlich aus dem Einzugsbereich der Bank. Das Geschäftsgebiet der Bank erstreckt sich auf Teile von Niedersachsen sowie Ostwestfalen-Lippe und das Bundesland Bremen. Die Genossenschaft betreut über die digitalen Wege auch Mitglieder und Kunden außerhalb des Kerngeschäftsgebietes.

Die Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2024 fiel in Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht abermals schwach aus. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um $-0,2$ Prozent. Bereits im Jahr 2023 war die reale Wirtschaftsleistung aufgrund struktureller und konjunktureller Belastungen etwas zurückgegangen ($-0,3$ Prozent). Erfreulich ist jedoch, dass die Inflation weiter nachließ. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2024 um $2,2$ Prozent, nachdem sie sich 2022 und 2023 noch um hohe $6,9$ Prozent und $5,9$ Prozent verteuert hatten.

Die zu Jahresbeginn hoffnungsvoll stimmenden Anzeichen für eine spürbare konjunkturelle Erholung verfestigten sich im weiteren Jahresverlauf nicht. Gründe für die bis zum Jahresende andauernde Wirtschaftsflaute waren neben der verhaltenen globalen Industriekonjunktur auch inländische Strukturprobleme, wie die im internationalen Vergleich hohen Strom- und Gaspreise, der anhaltende Fachkräftemangel, die hohe Bürokratiebelastung und die in weiten Teilen vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur. Belastend wirkten auch die hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten, die mit dem Bruch der Ampel-Regierungskoalition in Deutschland und dem Wahlsieg Donald Trumps bei den US-Präsidentenwahlen zum Jahresende nochmals zunahmen.

Nach dem vor allem inflationsbedingten Rückgang im Vorjahr um $-0,4$ Prozent schwenkten die preisbereinigten privaten Konsumausgaben 2024 wieder auf ihren Wachstumspfad ein. Hierzu trug der nachlassende Preisauftrieb bei, der zusammen mit kräftigen Lohn- und Rentenzuwächsen zu Kaufkraftgewinnen führte. Das Wachstum des Privatverbrauchs fiel aber mit $0,3$ Prozent verhalten aus, auch weil das vergleichsweise hohe Zinsniveau die Sparanreize verstärkte. Dämpfend auf die Konsumneigung wirkten zudem die wirtschaftspolitischen Unwägbarkeiten sowie die eingetrübten Konjunktur- und Beschäftigungsaussichten vieler Verbraucher. Kräftiger als die privaten Konsumausgaben legten die realen Konsumausgaben des Staates ($+3,5$ Prozent) zu, die im Vorjahr ($-0,1$ Prozent) nahezu stagniert hatten.

Auf dem Arbeitsmarkt hinterließ die hartnäckige Wirtschaftsschwäche deutliche Spuren. Erneut stieg die Arbeitslosenzahl leicht an. Sie kletterte im Jahresdurchschnitt 2024 um 178.000 auf knapp $2,8$ Mio. Menschen und damit auf den höchsten Stand seit 2015. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von $5,7$ Prozent im Vorjahr auf $6,0$ Prozent. Allerdings legte auch die Erwerbstätigkeit weiter zu, trotz des konjunkturellen Gegenwindes und der voranschreitenden Überalterung der Bevölkerung. Die Erwerbstätigenzahl stieg um 71.000 auf einen neuen Rekordstand von knapp $46,1$ Mio. Menschen.

Ausschlaggebend für den Anstieg war vor allem der abermalige Beschäftigungsaufbau im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit. In den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Unternehmensdienstleister, Baugewerbe und im Agrarsektor sank die Erwerbstätigenzahl hingegen.

Die allgemeine Teuerung ließ 2024 erneut nach. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise um 2,2 Prozent und damit deutlich schwächer als 2023 (+5,9 Prozent) und 2022 (+6,9 Prozent). Der Rückgang der Inflationsrate war breit angelegt. Die Dienstleistungspreise verteuerten sich mit einer Jahresrate von 3,8 Prozent zwar überdurchschnittlich, aber weniger kräftig als im Vorjahr (+4,4 Prozent). Bei Nahrungsmitteln ließ die Teuerung noch stärker nach (+1,4 Prozent nach +12,4 Prozent), wobei im Berichtsjahr spürbare Preisanhebungen beispielsweise bei Speisefetten und Speiseölen rückläufigen Preisen in anderen Bereichen wie bei Molkereiprodukten und bei Gemüse gegenüberstanden. Energieprodukte verbilligten sich um –3,2 Prozent, nachdem sie sich 2023 noch um 5,3 Prozent verteuert hatten.

Im Jahr 2024 wurden in den meisten großen Volkswirtschaften die Leitzinsen gesenkt, nachdem sie im Jahr 2023 ihren Höhepunkt erreicht hatten. Begründet wurden die Zinssenkungen mit dem Rückgang der Inflationsraten, der Aussicht auf ein mittelfristiges Erreichen des Inflationszieles und der Befürchtung, dass eine zu restriktive Geldpolitik die wirtschaftliche Entwicklung zu stark bremsen und mittelfristig sogar zu einem Unterschreiten des Inflationszieles führen könnte.

Den Höhepunkt ihrer Leitzinsen erreichte die Europäische Zentralbank (EZB) im Jahr 2023 mit einem Satz von 4,75 Prozent für die Spitzenrefinanzierungsfazilität, 4,5 Prozent für die Hauptrefinanzierungsfazilität und 4,0 Prozent für die aufgrund der Überschussliquidität entscheidende Einlagefazilität. Nachdem die EZB die Leitzinsen in der ersten Jahreshälfte unverändert gelassen hatte, begann sie ab der Sitzung vom 06. Juni mit Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte. Neben dem Rückgang der Inflation gab vor allem die Verschlechterung der konjunkturellen Lage im Euroraum Anlass zur Lockerung des geldpolitischen Restriktionsgrades. Insgesamt wurden nach Juni im September, Oktober und Dezember noch drei weitere Zinssenkungen vorgenommen, sodass der Zinssatz für die Einlagefazilität zum Jahresende um 100 Basispunkte niedriger bei 3,0 Prozent lag. Im Rahmen einer im März 2024 beschlossenen Änderung des geldpolitischen Handlungsrahmens wurde der Zinsunterschied zwischen dem Hauptrefinanzierungsgeschäft und der Einlagefazilität von 50 Basispunkten auf 15 Basispunkte reduziert. Diese Änderung ist im September 2024 in Kraft getreten. Damit lag der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte zum Jahresende bei 3,15 Prozent und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 Prozent. Der geldpolitische Kurs wird weiterhin über den Einlagezins gesteuert, in dessen Nähe sich die Geldmarktsätze bewegen. Durch die Verringerung des Abstandes zum Hauptrefinanzierungssatz wird die Schwankungsbreite des Geldmarktsatzes enger als bislang begrenzt.

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung der EZB durch den allmählichen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Der Bestand des APP-Portfolios nahm kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert werden. Auch der Bestand des PEPP-Portfolios begann im Laufe des Jahres zu sinken. Wurden bis zur Jahresmitte noch die Beträge der fällig werdenden Anleihen reinvestiert, so wurde das PEPP-Programm, wie Ende 2023 beschlossen, ab Juli monatlich um 7,5 Mrd. EUR reduziert. Auf der geldpolitischen Sitzung im Dezember 2024 beschloss der EZB-Rat dann, wie zuvor angekündigt, die Reinvestitionen in das PEPP-Portfolio zu beenden. Zum Jahresende lag der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen bei rund 4,3 Bio. EUR.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hannover eG

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Bilanzsumme	5.216.227	5.086.333	+	129.894	2,6
Außerbilanzielle Geschäfte	1.617.975	1.575.042	+	42.933	2,7

Vor dem Hintergrund der guten Entwicklung der Kundeneinlagen erhöhte sich die Bilanzsumme der Sparda-Bank Hannover eG um 2,6 Prozent und lag damit oberhalb des Prognosewertes für das Jahr 2024.

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos erfolgten auch im Jahr 2024 Absicherungen über Derivate. Daher liegen die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1.086 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 108.889 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 1.508.000 TEUR zusammensetzen, über dem Vorjahresniveau.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Kundenforderungen	3.003.737	2.965.553	+	38.184	1,3
Wertpapiere	882.187	884.860	-	2.673	0,3
Forderungen an Kreditinstitute	1.246.574	1.161.733	+	84.841	7,3

Nach der rückläufigen Entwicklung in den vergangenen Jahren sind die Forderungen an Kunden im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 1,3 Prozent gewachsen. Die Darlehensvergabe aus eigenen Mitteln ist angestiegen, während bei den Weiterleitungskrediten ein weiterer Rückgang und nahezu kein Neugeschäft zu verzeichnen war. Fälligkeiten bei den Weiterleitungskrediten wurden in die eigenen Produkte überführt.

Da der Zuwachs an Kundenforderungen dennoch unter dem Erwartungswert der Prognose für das Jahr 2024 lag, verblieb freie Liquidität aus dem Passivgeschäft. Diese Liquidität führte zu einer Erhöhung der kurzfristigen Forderungen an Kreditinstitute, während die Wertpapiere entsprechend der Planung konstant auf dem Vorjahresniveau lagen.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	167.926	192.367	-	24.441	12,7
Spareinlagen von Kunden	885.788	1.080.176	-	194.388	18,0
andere Einlagen von Kunden	3.640.595	3.306.013	+	334.582	10,1

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit begründen sich im Wesentlichen unverändert aus Refinanzierungsmitteln für das Kundengeschäft. Diese Positionen waren rückläufig.

Die Kundeneinlagen konnten, entgegen der Annahme in der Prognose für das Jahr 2024, um 3,2 Prozent bzw. 140,2 Mio. EUR gesteigert werden. Die Kunden nehmen vermehrt Umschichtungen in Anlageprodukte mit festen Laufzeiten vor.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	7.370	6.417	+	953	14,9
andere Vermittlungserträge	2.389	2.371	+	18	0,8
Erträge aus Zahlungsverkehr	17.014	17.458	-	444	2,5

Die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft haben die geplanten Ziele übertroffen. Hierzu hat auch die gute Börsenentwicklung im Geschäftsjahr beigetragen, die sich positiv auf die Zusammenarbeit der Sparda-Bank Hannover eG mit der Union Investment ausgewirkt hat.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind, wie erwartet, leicht rückläufig.

Investitionen

Investitionen erfolgten im Jahr 2024 zur turnusgemäßen Erneuerung von Sachanlagen in verschiedenen Anlagegruppen. Als Schwerpunkte sind Investitionen in die Ausstattung der Kundenselbstbedienung und die technischen Geräte der Mitarbeiter zu nennen. Auf Investitionen für den Standort Goslar entfiel ein Zugang in Höhe von 112 TEUR.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparda-Bank Hannover eG beschäftigte im Jahr 2024 durchschnittlich 414 Angestellte.

Es befanden sich zu Beginn des Jahres 2024 vierzehn Auszubildende in der Berufsausbildung. Zum 01. August 2024 wurden elf Auszubildende in ein Berufsausbildungsverhältnis aufgenommen. Insgesamt schlossen drei Auszubildende erfolgreich ihre Ausbildung ab.

Im Jahr 2025 stellt die Sparda-Bank Hannover eG zehn neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Frei gewordene und neu entstandene Stellen inklusive Führungspositionen konnten in gewissem Umfang intern mit eigenem Personal besetzt werden. So haben Mitarbeiter wieder die Chance erhalten, ganz neue Aufgabenbereiche zu übernehmen.

Die Führungskräfte, Mitarbeiter und Auszubildenden wurden über insgesamt 864 Seminartage geschult. Die Sparda-Bank Hannover eG hat durchschnittlich rund 780 EUR pro Mitarbeiter investiert. Die Schwerpunkte der Qualifizierungsmaßnahmen bildeten Fortbildungen zu rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, Vertiefung des Fachwissens im Wertpapier- und Baufinanzierungsgeschäft, die Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fachkarrieren.

II.3 Lage der Sparda-Bank Hannover eG

II.3.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	73.158	79.808	-	6.650	8,3
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	-	-	-	-	-
Provisionsüberschuss ²⁾	18.989	19.300	-	311	1,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	1.924	1.901	+	23	1,2
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	34.172	36.596	-	2.424	6,6
b) andere Verwaltungsaufwendungen	30.552	29.237	+	1.315	4,5
Bewertungsergebnis ⁴⁾	6.314	7.852	-	1.538	19,6
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	34.942	42.226	-	7.284	17,3
Steueraufwand	11.077	12.692	-	1.615	12,7
Jahresüberschuss	7.562	7.138	+	424	5,9

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13-16

Die Entwicklung der Ertragslage weicht aufgrund verschiedener Einflussgrößen von den Prognosewerten ab.

Entgegen der Prognose des Jahres 2023 für das Jahr 2024 hat sich der Zinsüberschuss vermindert. Hierfür ist insbesondere die gute Entwicklung des Passivgeschäftes mit den Kunden der Sparda-Bank Hannover eG ursächlich. Auf Ausschüttungen aus Spezialfonds wurde verzichtet.

Der Provisionsüberschuss ist nicht im erwarteten Umfang zurückgegangen. Hier entwickelten sich insbesondere die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft positiv. Entsprechend wirkten verminderte Provisionserträge aus der Vermittlung von Bausparverträgen und im Zahlungsverkehr nicht im vollen Umfang auf diese Position.

Die Verwaltungsaufwendungen verringerten sich insgesamt um 1,1 Mio. EUR. Steigerungen bei den Löhnen und Gehältern sowie bei den anderen Verwaltungsaufwendungen wurden durch geringere Aufwendungen für die Altersvorsorge mehr als kompensiert. Die Aufwendungen sind damit geringer als die Planungsansätze aus der Prognose, die von zusätzlichen Belastungen aufgrund von Inflationseffekten ausgegangen waren. Zudem wurden geplante Maßnahmen nicht im vollen Umfang umgesetzt.

Das Bewertungsergebnis blieb, wie geplant, im positiven Bereich. Hintergrund sind unverändert Zuschreibungen auf eigene Wertpapiere, die aufgrund der Zinsentwicklung in den Vorjahren wertberichtigt waren.

Im Ergebnis verbleibt ein gutes Jahresergebnis. Dieses ermöglicht der Sparda-Bank Hannover eG bei einer Dividende von 4,5 Prozent eine angemessene Dotierung der Rücklagen.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Unverändert ist eine hohe Liquidität vorhanden, sodass die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr stets gegeben war.

Die liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen, und bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	76.279	73.098	+	3.181	4,4
Rücklagen	166.584	162.670	+	3.914	2,4

Positive Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich sowohl durch Gewinnthesaurierung als auch dem Ausbau der Geschäftsguthaben der Mitglieder. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 203.122 TEUR (Vorjahr 186.820 TEUR).

Die Sparda-Bank Hannover eG verfügt somit unverändert über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,14 Prozent.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 57,6 Prozent. Im Kundenkreditgeschäft findet aufgrund der Kundenstruktur eine Risikostreuung auf viele Einzelkreditnehmer statt.

Finanzierungen mit einem Volumen von mehr als 400 TEUR sind eher die Ausnahme. Ihr prozentualer Anteil am gesamten Kundenkreditvolumen liegt per 31. Dezember 2024 bei 10,1 Prozent. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert. Latente Risiken sind durch Vorsorgereserven abgedeckt.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Anlagevermögen	417.934	406.247	+	11.687	2,9
Liquiditätsreserve	464.253	478.613	-	14.360	3,0

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 16,9 Prozent an der Bilanzsumme. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Im Anlagevermögen sind nachrangige Anleihen, weitere bestimmte Wertpapiere von Emittenten aus dem genossenschaftlichen Verbund und der Immobilien-Spezialfonds enthalten.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 1.508.000 TEUR eingesetzt. Die Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufes und der Lage

Die Geschäftsentwicklung ist positiv. Während die Entwicklung der Kundenforderungen das prognostizierte Wachstum noch nicht vollumfänglich erreichte, sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden über das erwartete Niveau hinaus gestiegen.

Die gute Vermögenslage der Sparda-Bank Hannover eG konnte durch Gewinnthesaurierung, Ausbau der Geschäftsguthaben und Reserven weiter verbessert werden.

Die Ertragslage der Sparda-Bank Hannover eG ist weiterhin sehr zufriedenstellend.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

III.1.1 Ziele und Strategien

Das Risikomanagement ist für die Sparda-Bank Hannover eG eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Insofern umfassen die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse das komplette Risikomanagement im betriebswirtschaftlichen Sinne einschließlich der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation aller wesentlichen Risiken.

Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient zugleich der Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch eine nachhaltige Geschäfts- und Risikostrategie, die aufzeigt, mit welchen strategischen Zielen und Maßnahmen die langfristige Existenz der Sparda-Bank Hannover eG dauerhaft gesichert werden soll.

III.1.2 Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Alle eingegangenen Geschäfte sind mit Risiken versehen. Die Identifizierung, Limitierung, Messung, Steuerung und Kommunikation dieser Risiken erfolgt im Rahmen des Gesamtbanksteuerungsprozesses, der alle Aktivitäten auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie vereint und gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für Kreditinstitute ausgerichtet ist.

Identifikation

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken.

Im Rahmen der jährlichen oder anlassbezogenen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Sparda-Bank Hannover eG die Risiken, die die Vermögens- (inklusive Kapitalausstattung), Ertrags- oder Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können. Die Inventur betrifft ebenfalls die damit verbundenen Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Bewertung

Im Rahmen der Risikoinventur erfolgt die qualitative Einstufung der Risikoarten in die aufsichtsrechtlichen Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“. Als wesentliche Risiken wurden folgende Risikokategorien identifiziert:

- ➔ Marktpreisrisiken
- ➔ Adressenrisiken
- ➔ Liquiditätsrisiken
- ➔ Operationelle Risiken
- ➔ Immobilienpreisrisiken
- ➔ Beteiligungsrisiken
- ➔ Vertriebs- und Betriebsrisiken
- ➔ Modellrisiken
- ➔ ESG-Risiken

Steuerung und Überwachung

Die Risikotragfähigkeit stellt die betriebswirtschaftliche Grundlage der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar. Die Steuerung erfolgt im Rahmen der normativen und ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit.

Zur gezielten Steuerung der Risiken existieren Limite für die einzelnen Risikoarten. Die Risikoermittlung erfolgt im Konfidenzniveau 99,9 Prozent. Zum Stichtag wurde die gesamte Risikotragfähigkeit zu 49 Prozent ausgelastet.

In der strategischen Steuerung gemäß Eigengeschäftsstrategie besteht das Ziel der risiko- und ertragsoptimalen Aufteilung und Anlage des Vermögens der Sparda-Bank Hannover eG im Rahmen der strategischen Asset Allokation. Die Steuerung der einzelnen Risiko- und Vermögensklassen ist überwiegend passiv ausgerichtet, das heißt, sie orientiert sich an der gewählten Benchmark. Zur Einhaltung der passiven Ausrichtung wurde ein Abweichungslimit definiert.

Für die strategische Steuerung und Vermögensallokation werden Diversifikationseffekte bewusst genutzt, die dagegen im Rahmen der Risikotragfähigkeit aus Vorsichtsgründen ignoriert werden.

Die Risikolage wird dem Vorstand im regelmäßigen Risikobericht aufgezeigt. Der Aufsichtsrat erhält den Risikobericht quartalsweise sowie wesentliche Kennzahlen zur Gesamtbanksteuerung im monatlichen Rhythmus.

Zusätzlich werden bei Überschreiten definierter Beobachtungsmarken Ad-hoc-Berichte erstellt, die bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Auf Basis der aktuellen Ergebnisvorschau und des Risikoberichtes werden Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Die Gesamtbanksteuerung wird bestimmt durch die Verbindung von internen Steuerungsgrößen, die ökonomisch ausgerichtet sind, und externen Größen, die zum Beispiel durch handelsrechtliche oder aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt sind. Die integrierte Betrachtung beider Sichten erlaubt eine gezielte Steuerung.

Die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risikoarten werden regelmäßig überprüft, kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den aufsichtsrechtlichen sowie bankinternen Anforderungen und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, sodass die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems gewährleistet ist. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagementaktivitäten werden gemäß den MaRisk durch die Interne Revision geprüft.

III.1.3 Stresstests

Im Rahmen der regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoquantifizierung werden auch umfangreiche Stresstests durchgeführt, in denen die Auswirkungen ungewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf den Geschäftsbetrieb der Sparda-Bank Hannover eG simuliert werden.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Angesichts der Geschäftsstruktur beziehen sich die Marktpreisrisiken auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen, auf Kursveränderungen im Direktbestand sowie in Spezial- und Immobilienfonds. Das Zinsänderungsrisiko stellt die bedeutendste Risikoart innerhalb des Marktpreisrisikos dar.

Die Fristentransformation ergibt sich im Wesentlichen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite, sodass sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen auf den Unternehmenserfolg der Sparda-Bank Hannover eG niederschlagen. Die Zinsänderungsrisiken misst und steuert die Sparda-Bank Hannover eG barwertig mit einem System, das die Risiken rechtzeitig erfasst und quantifiziert sowie diese auf die internen Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite sind so festgesetzt, dass Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Risikotragfähigkeit deutlich tangiert wird.

Risiken der strategischen Asset Allokation

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation wurden zur weiteren Diversifizierung Risiken in Aktien- und Rentenfonds aufgebaut. Aktien- und Rentenfonds werden in einem Spezialfonds aggregiert. Zudem werden Immobilienfonds in der strategischen Asset Allokation gehalten, die jedoch separat gesteuert werden.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die Sparda-Bank Hannover eG stellt sicher, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen definierter Limite getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiertes System begrenzt.

Ein Handelsbuch im Sinne der CRR unterhält die Sparda-Bank Hannover eG nicht. Die genutzten Finanzinstrumente dienen der Anlage oder Absicherung im Rahmen der Zinsbuchsteuerung.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Unter Adressenrisiken werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall oder eine Bonitätsverschlechterung eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Die Sparda-Bank Hannover eG unterscheidet zwischen klassischem Adressenausfallrisiko des Kundenkreditgeschäftes sowie dem Kontrahenten- und Emittentenrisiko des Eigengeschäftes.

Die Adressenrisiken werden zusätzlich zu den internen Limiten aufsichtsrechtlich durch Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR begrenzt.

Alle Kreditnehmer werden nach bankinternen Beurteilungskriterien in Risikogruppen eingestuft. Dazu nutzt die Sparda-Bank Hannover eG externe und interne Ratings. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumen und Blankoanteilen ausgewertet und in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Die Einstufungen werden regelmäßig überprüft und in einem vierteljährlichen Risikobericht dargestellt.

Dieser Quartalsbericht gibt unter anderem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen, Rating und Besicherung.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäftes bestehen beispielsweise Limite hinsichtlich des risikorelevanten Geschäftes oder des Ratings im Bestand und Neugeschäft.

Das Adressenrisiko aus Ausfall- und Migrationsrisiko wird innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Kundengeschäft (KPM-KG) der parcIT GmbH ermittelt.

Eigenanlagen

Bevor mit einer Adresse im Direktbestand des Eigengeschäftes Handelsgeschäfte durchgeführt werden, ist ein Votierungsprozess zu durchlaufen, der mindestens einmal jährlich wiederholt wird. Zur Begrenzung der Adressenrisiken im Eigengeschäft werden Direktanlagen grundsätzlich nur bei deutschen Emittenten in EUR getätigt. Wertpapieranlagen bei nicht-deutschen europäischen Emittenten erfolgen im Rahmen des Spezialfonds.

Zur Risikodiversifizierung sind die einzelnen Engagements jeder Kreditnehmereinheit in der Höhe limitiert. Dabei müssen diese Anlagen bzw. Emittenten beim Erwerb von international anerkannten Ratingagenturen beurteilt und mindestens mit einem Investment Grade Rating eingestuft worden sein. Die externen Ratings werden durch interne Risikoüberwachungsmechanismen begleitet.

Zur Gewährleistung eines unter Bonitäts Gesichtspunkten soliden Eigengeschäftes gelten neben den emittentenbezogenen Limiten auch Strukturlimite im Gesamtbestand für Anlagen außerhalb Deutschlands sowie hinsichtlich des Ratings und der Besicherung. Ergänzend erfolgt eine Spreadüberwachung der zulässigen Emittenten und der im Bestand befindlichen Positionen.

Im Eigengeschäft werden Ausfall-, Spread- und Migrationsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die Risikoermittlung erfolgt innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Eigengeschäft (KPM-EG) der parcIT GmbH.

Zur Umsetzung der strategischen Asset Allokation im Spezialfonds werden Fonds erworben. Diese werden mindestens einmal jährlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes und ihrer Wirksamkeit bezüglich der strategischen Asset Allokation analysiert.

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation finden indirekt auch Anlagen außerhalb Europas statt, die in der Höhe limitiert sind.

Die eingesetzten Risikomodelle sind hinreichend konservativ gewählt, um die sich daraus ergebenden Risiken in der Risikotragfähigkeit abzubilden.

Länderrisiken

Länderrisiken ergeben sich im Wesentlichen nur aus dem Eigengeschäft und werden durch Strukturlimite auf Basis des Gesamtbestandes gesteuert.

III.4 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können (Liquiditätsrisiken im engeren Sinne) oder wenn die Liquidität nur zu veränderten Marktpreisen beschafft werden kann (Refinanzierungskostenrisiko).

Zur Vermeidung des Risikos der Illiquidität ist u. a. die aufsichtsrechtlich definierte LCR (Liquidity Coverage Ratio – Mindestliquiditätsquote) einzuhalten. Die LCR fungiert als Kennzahl des kurzfristigen Liquiditätsrisikos jedes Kreditinstitutes und stellt das Verhältnis zwischen liquiden Aktiva und möglichen Zahlungsabflüssen der nächsten 30 Tage dar. Darüber hinaus ist die NSFR (Net Stable Funding Ratio) zur Einhaltung einer stabilen Refinanzierung täglich einzuhalten.

Die Finanzplanung der Sparda-Bank Hannover eG ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Im genossenschaftlichen Finanzverbund stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen aufzufangen. Ergänzend können bei der EZB qualitativ hochwertige und im Volumen angemessene Wertpapierbestände im Pfanddepot vorgehalten werden.

Darüber hinaus ist ein Mindestzeitraum einzuhalten, um verstärkte Zahlungsmittelabflüsse ohne finanzielle Hilfe Dritter durch Vorhalten ausreichender liquider Mittel zu überstehen (Survival Period).

Die Liquiditätsübersicht basiert auf Annahmen der Ergebnisvorschau und berücksichtigt liquiditätsspezifische Charakteristika der Produkte. Die Erstellung erfolgt innerhalb von VR-Control. In der Liquiditätsübersicht werden die erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse gegenübergestellt. Die schon entstandenen und die sich aus den möglichen Refinanzierungsnotwendigkeiten ergebenden zukünftigen Refinanzierungskosten werden über ein geeignetes Kostenrechnungssystem im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt.

Aus der Liquiditätsübersicht werden zusätzlich Risikoszenarios insbesondere im Rahmen der Stresstests abgeleitet. Diese Risikoszenarios berücksichtigen verstärkte Zahlungsmittelabflüsse durch Abschmelzung der Einlagen oder verstärkten Abruf eingeräumter Kreditlinien.

Das ökonomische Liquiditätsrisiko zeigt den möglichen Verlust des Liquiditätskostenbarwertes auf, wenn sich das Verhältnis zwischen risikoloser Zinskurve (Swap) und Pfandbriefkurve ändert.

III.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Gefahren von Verlusten, die in betrieblichen Systemen und Prozessen (inkl. IT-Systemen, Projekten und ausgelagerten Aktivitäten) begründet liegen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Es wurden Steuerungsinstrumente für das Management operationeller Risiken entwickelt, die eine regelmäßige Analyse und Identifizierung von Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten von Prozessen liefern.

Die Ablaufprozesse der Sparda-Bank Hannover eG und die Funktionsfähigkeit der technischen Systeme werden laufend den internen und externen Erfordernissen angepasst. Die wesentlichen betrieblichen Abläufe sind in Arbeitsanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision überwacht. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgeschirmt.

Bei der Umsetzung der Anforderungen aus § 25h KWG wurde die Sparda-Bank Hannover eG durch die Sparda-Bank Hamburg eG unterstützt. An diese Genossenschaft ist seit dem 01. Januar 2023 die Funktion der Zentralen Stelle gemäß § 25h Abs. 7 KWG (Beauftragter zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Finanzsanktionsverstößen und vermögensgefährdender strafbarer Handlungen) ausgelagert.

Die Ermittlung und Abbildung operationeller Risiken in der Risikotragfähigkeit erfolgt anhand von internen Risikoeinschätzungen bzgl. der Geschäftsprozesse, der Risiken der IT-Systeme und IT-Sicherheit, des Notfallmanagements, der Projekte sowie der Auslagerungen.

III.6 Weitere Risiken

III.6.1 Immobilienpreisrisiken

Im Rahmen der Eigengeschäftsstrategie wurden Immobilienfonds erworben und in einem Spezialfonds gebündelt. Aufgrund des Umfangs an Immobilienfonds wird das Risiko im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit separat gesteuert.

Analog zum sonstigen Eigengeschäft durchlaufen die einzelnen Zielfonds vor Zeichnung einen Votierungsprozess, der jährlich aktualisiert wird. Durch die Zeichnung verschiedener Zielfonds wurde eine Diversifizierung hinsichtlich Branchen, Ländern und Nutzungsart erreicht, um mögliche Risikokonzentrationen zu minimieren.

Die Zentrale der Sparda-Bank Hannover eG am Ernst-August-Platz in Hannover befindet sich mittelbar zu 100 Prozent im Besitz der Sparda-Bank Hannover eG.

Immobiliengeschäfte gemäß MaRisk BTO 3 werden nicht betrieben.

III.6.2 Beteiligungsrisiken

Beteiligungen bestehen nur innerhalb des genossenschaftlichen Verbundes und haben strategischen Charakter bzw. stellen Pflichtbeteiligungen dar. Sie folgen keiner Renditeabsicht.

In den letzten Jahren wurden AT1-Anleihen der DZ Bank AG erworben, die in ihrer Ausgestaltung eine hohe Ähnlichkeit zu den Beteiligungen haben. Aufgrund des Umfangs aller Beteiligungs- und beteiligungsnahen-Positionen werden diese Positionen separat im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit gesteuert.

III.6.3 Vertriebs- und Betriebsrisiken

Als Vertriebs- und Betriebsrisiken werden Abweichungen im Kundengeschäft definiert, die aus einer Unterschreitung der geplanten Erträge durch Volumen- und Margenabweichungen sowie im Provisionsergebnis oder einer Überschreitung der geplanten Betriebsaufwendungen entstehen oder durch eine Kombination beider Effekte eintreten können.

Die Wirkungen des Vertriebs- und Betriebsrisikos werden im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit im adversen Szenario oder in Stresstests gezeigt. Dagegen wird das Vertriebs- und Betriebsrisiko in der ökonomischen

Risikotragfähigkeit nicht abgebildet, da in dieser Sicht nur die Risiken des aktuellen Bestandes ohne erwartetes Neugeschäft betrachtet werden.

III.6.4 Modellrisiken

Alle in der Risikotragfähigkeit abgebildeten Risiken ergeben sich aus der Verwendung von Modellen. Es besteht ein Modellrisiko, wenn die zugrunde liegenden Annahmen und Algorithmen sich von der tatsächlichen Entwicklung unterscheiden.

Zur Minimierung des Modellrisikos werden etablierte Verfahren und Modelle eingesetzt, die einem regelmäßigen Backtesting unterzogen werden. Die Validierung der eingesetzten Modelle und Verfahren erfolgt grundsätzlich zentral durch die parclT GmbH.

Darüber hinaus werden Modellrisiken für Marktpreis-, Adressen- und Immobilienrisiken ermittelt und bei der jeweiligen Risikoart auf das Risikolimit angerechnet.

III.6.5 ESG-Risiken

Das ESG-Risiko wird in der Risikosteuerung als querschnittliche Risikoart verstanden, deren Wirkung sich in den klassischen Risikoarten zeigt. Derzeit existieren noch keine ausreichenden und mit entsprechender Qualität versehenen Zeitreihen, um daraus Risikomodelle zu entwickeln. Daher werden im Rahmen von Szenarioanalysen Ursache-Wirkungs-Ketten aufgestellt, um die wesentlichen Stellhebel zu identifizieren. Im Rahmen des Risikoberichtes werden die ESG-Einstufungen im Kunden- und Eigengeschäft sowie die Erreichung der internen ESG-Ziele aufgezeigt.

III.6.6 Weltweite Krisen

Die Auswirkung der weltweiten Krisen, politischen Spannungen und geopolitischen Gefahrenherde waren auch im letzten Jahr in vielen Bereichen gleichermaßen spürbar. In Folge dieser Krisen ergeben sich häufig heftige Marktverwerfungen an den Zins- und Aktienmärkten, die sich auch innerhalb der GuV auswirken können. Es ist davon auszugehen, dass derartige Krisen auch in den kommenden Jahren anhalten. Aufgrund der guten Eigenmittelausstattung können die Wertänderungen auch zukünftig gut abgedeckt werden.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Nach zusammenfassender Betrachtung der allgemeinen und besonderen Risiken kann festgestellt werden, dass zurzeit keine existenzgefährdenden Risiken bestehen. Darüber hinaus ist die Sparda-Bank Hannover eG in der Lage, aufgrund ihres vorhandenen Risikodeckungspotenzials beim Auftreten von Risikofaktoren einen entsprechenden Ausgleich zu bewirken.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet in den nächsten Jahren einen unverändert anhaltenden harten Wettbewerb im Kundengeschäft.

Zur Schärfung des bestehenden Geschäftsmodells und zur Optimierung ihrer Kunden- und Produktphilosophie wird die Sparda-Bank Hannover eG dem Weg ihrer eingeschlagenen Strategie weiter folgen.

Die Gewinnung von Kundeneinlagen und Baufinanzierungen sowie die Vermittlung von Investmentfonds stehen auch weiterhin im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten.

Auf Basis der getroffenen Planungsannahmen wird für die kommenden beiden Jahre ein Bilanzsummenwachstum von mindestens einem Prozent p.a. aus dem Kundengeschäft angestrebt.

Die Eigengeschäfte unterstützen und ergänzen die Kundengeschäfte. Die bedeutendste Risikoklasse Zinsbuch wird passiv, d. h. benchmarknah im Rahmen eines Abweichungslimits, gesteuert. Weitere Risikoklassen wie Aktien oder Immobilien werden über Fonds abgebildet.

In den Planungsrechnungen wird grundsätzlich eine Prolongation des Wertpapierbestandes unterstellt, sodass von einem konstanten Verlauf auszugehen ist.

Innerhalb der Weiterentwicklung der strategischen Asset Allokation wird die Mischung verschiedener Risikoklassen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Anforderungen an den Geschäftsbetrieb sind gerade aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in den nächsten Jahren von einem hohen Anspruch an die Kundenzufriedenheit bei gleichzeitiger kostengünstiger Leistungserstellung und schneller Abwicklung geprägt.

Die Bank ist daher bestrebt, ihre Effizienz dauerhaft zu steigern, indem sie die Produkte und Prozesse – stets mit Blick auf den Kunden – digitalisiert, optimiert und automatisiert. Hierzu betreibt sie eine ständige Ertragssteuerung und ein aktives Kostenmanagement.

Auch wenn die starken Belastungen des Zinsergebnisses durch die Niedrig- und Negativzinsphase der Vorjahre inzwischen überwunden wurden, würde ein weiteres Fortbestehen der zum Jahreswechsel vorliegenden Zinskurve insbesondere die wesentliche Geschäftsaktivität Fristentransformation langfristig belasten und das Zinsergebnis ohne weitere Maßnahmen jährlich reduzieren. Die Sparda-Bank Hannover eG hat jederzeit die Möglichkeit, die strategische Ausrichtung zu überprüfen und wird bei Bedarf Maßnahmen einleiten, den Fortbestand des Geschäftsmodells zu sichern. Für das Jahr 2025 wird ein Rückgang des Zinsergebnisses ohne laufende Erträge in Höhe von etwa 4 Mio. EUR erwartet.

Auf Basis der Planung wird für 2025 ein Provisionsergebnis auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Die Planungsrechnungen für den Verwaltungsaufwand sind insbesondere aufgrund diverser Baumaßnahmen und noch nicht bestätigter Umsetzungen oder anderer Unwägbarkeiten konservativ ausgerichtet. Offene Auftragsvergaben sowie Preisabschätzungen könnten zusätzliche Belastungen von bis zu 4 Mio. EUR für 2025 mit sich bringen, die allerdings in den Budgetkalkulationen berücksichtigt sind und durch die prognostizierten Ergebnisse getragen werden können.

Durch die starke Fokussierung auf das Baufinanzierungsgeschäft können sich die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft tendenziell leicht erhöhen, sollten die Kunden aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der allgemein wirtschaftlich angespannten Lage in Deutschland in eine finanzielle Notsituation geraten. Aufgrund der bestehenden

Limitierung, der vergleichsweise hohen Granularität des Portfolios und der bestehenden Reserven sollten mögliche Ausfälle aber wie auch bisher verkraftbar sein.

Aufgrund der guten Bonität der Eigenanlagen und des geltenden Systems an Struktur- und Emittentenlimiten erwartet die Sparda-Bank Hannover eG keine erhöhten Ausfallrisiken im Eigengeschäft.

Es wird erwartet, dass das Bewertungsergebnis aus Kunden- und Eigengeschäft unter Annahme konstanter Marktdaten gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgeht, aber im positiven Bereich verbleibt. Selbst bei sich weiter verschärfenden Marktdaten steht den ermittelten Risiken ausreichend Risikodeckungsmasse gegenüber.

Die bisher gute Eigenmittelausstattung soll auch in Zukunft aus dem Ergebnis weiter nachhaltig gestärkt werden. Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet damit zusammenfassend in den beiden nächsten Geschäftsjahren trotz aller Vorsicht eine positive Geschäftsentwicklung. Die größten Unsicherheiten bestehen in einer weiteren Eskalation oder Zunahme weltweiter Krisen.

Sollte sich die Konjunktur noch stärker in Richtung Rezession bewegen, dann können stärkere Belastungen im Kunden- und Eigengeschäft nicht ausgeschlossen werden. Daher werden diese Entwicklungen fortlaufend beobachtet, sodass daraus Maßnahmen zur Ergebnis- und Risikosteuerung abgeleitet und umgesetzt werden können.

Mit allen Geschäftsaktivitäten will die Sparda-Bank Hannover eG weiter nachhaltig Eigenmittel schaffen, um weiterhin eine langfristige Existenzsicherung, auch unter den verschärften regulatorischen Anforderungen, zu ermöglichen. Von grundlegender Bedeutung bleibt das zinsabhängige Kundengeschäft.

Die Überprüfung der Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells erfolgt u. a. im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit (Kapitalplanung). Anhand von Szenarioanalysen für das aktuelle und die folgenden drei Kalenderjahre werden mögliche Entwicklungen der Ergebnis- und Vermögenslage aufgezeigt. Daraus können bei Bedarf frühzeitige Gegensteuerungsmaßnahmen abgeleitet werden.

Die größten Chancen für das Geschäftsmodell ergeben sich, wenn das Zinsniveau die Inversität zugunsten einer steileren Struktur verlässt. Eine weitere Chance liegt in der Intensivierung der Vertriebsaktivitäten im Einlagen-, Baufinanzierungs- und Provisionsgeschäft.

Die größten Risiken ergaben sich bisher aus einem Niedrig- und Negativzinsniveau wie in den letzten Jahren und parallel nachgebenden Aktienmärkten.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass, soweit vorstehend Prognosen oder Erwartungen geäußert wurden oder Aussagen die Zukunft betreffen, die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen hiervon abweichen können.

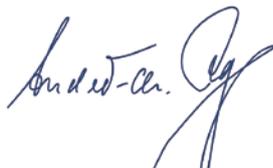
V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

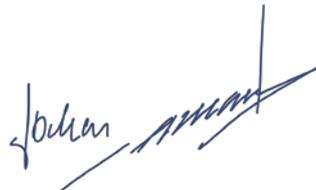
Hannover, 17. März 2025

Sparda-Bank Hannover eG

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Sparda-Bank Hannover eG hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand die Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2024 hat der Aufsichtsrat insgesamt fünf reguläre Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen und die strategische Ausrichtung der Bank.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Risiko- und Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Nominierungsausschuss sowie einen Vergütungskontrollausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten regelmäßig über ihre Tätigkeit in den Sitzungen des Aufsichtsrates.

Der vorliegende Jahresabschluss 2024 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Im Jahr 2025 scheidern turnusmäßig Herr Rathsmann, Herr Sauer und Herr Goldberg aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von Herrn Rathsmann und Herrn Sauer ist zulässig. Herr Goldberg ist bereits zum 31. März 2025 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Der Aufsichtsrat dankt den Vertreterinnen und Vertretern für ihre Unterstützung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand für die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2024.

Hannover, 05. Mai 2025



Susanne Steinert

Vorsitzende des Aufsichtsrates

1. Jahresbilanz zum 31.12.2024

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			20.485.791,38		12.748
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			41.033,69		715
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	41.033,69				(715)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	20.526.825,07	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			901.711.605,58		452.037
b) andere Forderungen			344.862.359,89	1.246.573.965,47	709.696
4. Forderungen an Kunden				3.003.737.457,72	2.965.553
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.021.301.060,75				(2.072.268)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
bb) von anderen Emittenten		455.025.365,33	455.025.365,33		467.698
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	262.482.659,36				(253.677)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	455.025.365,33	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				427.161.624,49	417.162
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			9.354.566,50		9.355
darunter: an Kreditinstituten	9.146.662,44				(9.147)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			32.310,00	9.386.876,50	32
darunter: bei Kreditgenossenschaften	21.000,00				(21)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
bei Wertpapierinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				38.714.398,54	38.714
darunter: an Kreditinstituten					(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten					(-)
an Wertpapierinstituten					(-)
9. Treuhandvermögen				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			19.923,00		20
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	19.923,00	-
12. Sachanlagen				3.514.275,26	2.829
13. Sonstige Vermögensgegenstände				11.211.470,79	9.663
14. Rechnungsabgrenzungsposten				191.067,58	69
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				163.551,00	42
17. -				-	-
Summe der Aktiva				5.216.226.800,75	5.086.333

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			197.026,99		240
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			167.729.352,40	167.926.379,39	192.127
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		884.948.142,41			1.079.334
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		839.583,88	885.787.726,29		842
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.514.357.870,31			2.418.669
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.126.236.852,49	3.640.594.722,80	4.526.382.449,09	887.344
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				7.269.087,75	6.037
6. Rechnungsabgrenzungsposten				88.311,11	83
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			13.807.276,00		15.357
b) Steuerrückstellungen			1.591.841,55		3.408
c) andere Rückstellungen			15.188.343,25	30.587.460,80	12.723
8. –				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				30.425.382,88	40.443
10. Genussrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				203.122.366,81	186.820
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			76.279.060,00		73.098
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		26.923.000,00			26.200
cb) andere Ergebnisrücklagen		139.661.000,00			136.470
cc) –		-	166.584.000,00		-
d) Bilanzgewinn			7.562.302,92	250.425.362,92	7.138
Summe der Passiva				5.216.226.800,75	5.086.333
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.086.415,41		1.063
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.086.415,41	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			108.888.885,19	108.888.885,19	145.979
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2024

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		114.138.628,55			100.325
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		16.860.062,88	130.998.691,43		9.956
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	-				(-)
2. Zinsaufwendungen				73.157.669,61	-30.473
darunter: erhaltene negative Zinsen	2.925,48				(1)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				-	-
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			319.286,77		257
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				319.286,77	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					-
5. Provisionserträge			27.012.787,60		26.559
6. Provisionsaufwendungen			-8.023.765,93	18.989.021,67	-7.259
7. Nettoertrag des Handelsbestands					-
8. Sonstige betriebliche Erträge				2.935.662,85	2.856
9. -					-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-27.754.539,53			-25.354
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-6.417.346,22	-34.171.885,75		-11.242
darunter: für Altersversorgung	-1.509.032,73				(-6.750)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-30.552.068,35	-64.723.954,10	-29.237
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-1.038.483,76	-1.059
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.011.360,32	-955
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-545.912,01			(-278)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.477.327,17	1.477.327,17	2.830
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbunde- nen Unternehmen und wie Anlagever- mögen behandelte Wertpapiere					-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			4.836.539,70	4.836.539,70	5.022
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme					-
18. -					-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				34.941.709,59	42.226
20. Außerordentliche Erträge					-
21. Außerordentliche Aufwendungen					-
22. Außerordentliches Ergebnis					(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-11.070.306,90		-12.683
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-6.994,53	-11.077.301,43	-8
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-16.302.105,24	-22.397
25. Jahresüberschuss				7.562.302,92	7.138
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr					-
				7.562.302,92	7.138
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage					-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen					-
				7.562.302,92	7.138
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage					-
b) in andere Ergebnisrücklagen					-
				7.562.302,92	7.138
28a. -					-
29. Bilanzgewinn				7.562.302,92	7.138

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover, ist beim Amtsgericht Hannover unter der Genossenschaftsregister-Nummer 220 eingetragen.
- Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.
- Zur Anpassung an die herrschende Meinung im Schriftentum wird die Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank in der Bilanzposition „A 3 Forderungen an Kreditinstituten a) täglich fällig“ (Vorjahr: Bilanzposition „A 3 Forderungen an Kreditinstituten b) andere Forderungen“) ausgewiesen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde eine Pauschalwertberichtigung gebildet.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden für Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen) Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlustes über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden auf Basis der im genossenschaftlichen Finanzverbund etablierten VR-Rating-Verfahren geschätzt. Die Annahmen zu Kredithöhen im Ausfallzeitpunkt, den zukünftigen Zahlungen und den Sicherheiten-

verwertungserlösen und -kosten basieren auf einem Loss Given Default Modell. Als Voraussetzung für die Anwendung der Bewertungsvereinfachung ist im Rahmen der Kreditvergabepaxis sichergestellt, dass die Konditionenvereinbarung zum Zeitpunkt der Kreditvergabe unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Bonitätsprämie erfolgt, deren Höhe sich an dem erwarteten Verlust über die Restlaufzeit orientiert. Die Ausgeglichenheitsannahme wurde zum Bilanzstichtag überprüft. Die Ausgeglichenheit kann weiter angenommen werden, da die quantitative Zeitreihenanalyse aufzeigt, dass keine wesentlichen Ausreißer in der Veränderung der (Einzel-)Risikovorsorge vorhanden sind und die Konditionfestsetzung unter Berücksichtigung der vorgegebenen Konditionentableaus erfolgt.

Die Risikovorsorgebeträge für die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden werden als Pauschalwertberichtigungen von den jeweiligen Aktivposten abgesetzt. Die für Eventualverbindlichkeiten sowie unwiderrufliche Kreditzusagen ermittelten Risikovorsorgebeträge werden von den Positionen unter dem Bilanzstrich abgesetzt und als pauschale Rückstellungen in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesen. Für widerrufliche Kreditzusagen erfolgt allein die Passivierung einer pauschalen Rückstellung in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c).

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Sowohl die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) als auch die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstrumentes wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, liegen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten/Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen erfolgte eine teilweise kongruente Bewertung. Vgl. hierzu Ausführungen in dem Abschnitt Rückstellungen.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Nennenswerte passive Steuerlatenzen bestehen nicht. Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere sowie bei den Rückstellungen.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet.

Das Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 35.291.368 EUR entspricht den Anschaffungskosten und wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von 35.127.817 EUR saldiert. Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von 163.551 EUR aktiviert. Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit laufenden Erträgen sowie Erfolgsauswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens in Höhe von 760.270 EUR verrechnet. Der Saldo ist unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Pensionsanswartschaften wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit statischer Prämie berechnet. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, soweit relevant, sechs Prozent p. a. und als Rententrend allgemein zwei Prozent p. a. bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von einem Prozent p. a. in die Bewertung einbezogen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte entsprechend unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2024 entsprechend des für die Ermittlung des Rechnungszinses vorgeschriebenen Verfahrens (1,90 Prozent). Die Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre hätte im Vergleich zu einer um 160.555 EUR geringeren Rückstellung geführt.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden abweichend zum Ab-/Aufzinsungseffekt im Personalaufwand gezeigt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wurde eine teilweise kongruente Bewertung auf Basis eines faktorbasierten Bewertungsverfahrens (Deckungskapitalverfahren) vorgenommen. Im Zuge der Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen im Berichtsjahr mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung bewertet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuches einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuches resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert im Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Bei den zurechenbaren Gebühren- und Provisionserträgen werden Kontoführungsgebühren, Postenentgelte und Kartenentgelte, sofern die jeweilige Karte Bestandteil des Kontomodells ist, angesetzt. Gemäß einer differenzierten Schätzung wird der Anteil der Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte an den gesamten Verwaltungsaufwendungen ermittelt. Zukünftige Kostensteigerungen werden berücksichtigt. Bei der Bemessung der voraussichtlich noch anfallenden Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte werden Overheadkosten anteilig berücksichtigt.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit werden regelmäßig Bürgschaften übernommen. Dabei ist es erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2024 in Höhe von 108.888.885 EUR betreffen 100.954.142 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Es werden unwiderrufliche Kreditzusagen gewährt, um den Finanzierungsbedürfnissen der Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Bank widerrufen werden können. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuches einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrages). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwandes). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag, ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellings- kosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellings- kosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	925.239	8.729	-	a) 144.200 b) -	789.768	19.923	20.222
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	18.343.538	1.784.992	-	a) 1.160.129 b) -	18.968.401	3.514.275	2.829.044
Summe a	19.268.777	1.793.721	-	a) 1.304.329 b) -	19.758.169	3.534.198	2.849.266

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zu- gängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR (+)	EUR (-)	EUR (+/-)	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	905.017	-	144.200	-	9.028	-	769.845
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	15.514.494	-	1.089.824	-	1.029.456	-	15.454.126
Summe a	16.419.511	-	1.234.024	-	1.038.484	-	16.223.971

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlage- vermögens	415.863.763		822.035 416.685.798
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossen- schaften	9.386.877		- 9.386.877
Anteile an verbundenen Unternehmen	38.714.399		- 38.714.399
Summe b	463.965.039		822.035 464.787.074
Summe a und b	483.233.816		468.321.272

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- ➔ In den Forderungen an Kreditinstitute sind 835.817.227 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- ➔ Von den Forderungen an die genossenschaftliche Zentralbank dient ein Volumen von 11.351.681 EUR zur Besicherung von Derivatepositionen.
- ➔ Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	34.862.360	85.000.000	95.000.000	130.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	71.660.713	127.367.567	627.876.053	2.167.073.252

In den Forderungen an Kunden sind 9.759.873 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- ➔ Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 12.642.488 EUR fällig.
- ➔ In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	835.817.227	834.487.559
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	370.565.429	329.193.564

- ➔ Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent (Bilanzposten A 6).

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
a) Renditeerwartung	185.035.704	204.772.081	19.736.377	–	Ja
b) Renditeerwartung	242.125.920	242.574.141	448.221	–	Nein

Die Anlage zu „a)“ enthält eine Teilkomponente in Höhe von 35.000.000 EUR bei der eine tägliche Rückgabe nicht möglich ist.

→ Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) Sparda Hannover Immobilien GmbH, Hannover	100	2024	33.682	2024	1.008
b) 1. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2024	44.410.704	2024	-7.504
c) 2. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2024	48.192.307	2024	1.212.518

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	0,07	2023	10.758.452.414	2023	478.700.561
b) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Hannover	0,04	2024	1.356.061.605	2024	53.703.234

→ In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	455.025.366	413.086.947	41.938.419	-
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	207.904	-	207.904	

→ In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.514.275

→ Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
- Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	5.152.999

→ In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere b) bb) Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	41.938.419	41.351.674

→ In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 167.729.352 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	10.112.592	6.732.003	33.954.681	116.930.076
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	320.819	–	481.362	37.403
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	262.262.876	831.487.937	32.294.455	191.584

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
– Personalaufwand und Lohnsteuer	1.698.351
– Steuern (Abgeltungsteuer, KiSt, SolZ)	1.346.591

→ Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten:

	EUR
– Personalaufwand und Lohnsteuer	1.698.351

→ Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 903.575 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
	5.000.000	EUR	1,900	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,010	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,315	21.05.2025
	5.000.000	EUR	2,260	22.05.2025
	8.000.000	EUR	2,600	28.05.2027
Nominalbeträge von Mittelaufnahmen unter 10% des Gesamtbetrages	2.000.000	EUR		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Ursprungslaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens 10 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	–	167.729.352	192.270.080
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	10.765.319	9.055.617	–	–

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		73.062.028
b) der ausscheidenden Mitglieder		3.103.412
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		113.620
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	–	

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 01. Januar 2024	26.200.000	136.470.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	723.000	3.191.000
Stand 31. Dezember 2024	26.923.000	139.661.000

- Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 4,500 %	3.273.302,92
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	758.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	3.531.000,00
Insgesamt	7.562.302,92

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestandes

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC - Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	215,0	688,0	605,0	1.508,0	30,3	37,7

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ bei den Zins-Swaps wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen. Dabei wurden Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Sofern es sich um durch die Sparda-Bank Hannover eG kündbare Zins-Swaps handelt, wurde bei der Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ zusätzlich das Kündigungsrecht unter Anwendung anerkannter Optionspreismodelle berücksichtigt. Danach bestimmt sich der Wert einer Option insbesondere nach dem Wert des zugrunde liegenden Basisobjektes und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontraktes.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Erläuterungen sind hierzu nicht veranlasst.

E. Sonstige Angaben

- ➔ Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- ➔ Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 289.485 EUR.
- ➔ Die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebenen erhielten 1.011.943 EUR.
- ➔ Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31. Dezember 2024 Pensionsrückstellungen in Höhe von 19.991.306 EUR.
- ➔ Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	1.085.805
Mitglieder des Aufsichtsrates	52.455

- ➔ Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen-, und Girogeschäftes vorgenommen.
- ➔ Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 8.918.052 EUR.
- ➔ Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstitutes im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

➔ Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 433c Abs. 2 CRR) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

➔ Die Zahl der im Jahr 2024 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	231,00	183,00

Außerdem wurden durchschnittlich 17,00 Auszubildende beschäftigt.

➔ Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

Mitgliederbewegung	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang 2024	186.651	1.337.611
Zugang 2024	1.033	129.809
Abgang 2024	7.674	62.381
Ende 2024	180.010	1.405.039

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	3.506.256
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	–

➔ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e.V.

Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt/Main

➔ Mitglieder des Vorstandes:

André-Christian Rump

(Vorsitzender)

Geschäftsleiter

Jochen Ramakers

(stellvertretender Vorsitzender)

Geschäftsleiter

Niclas Bychowski

Geschäftsleiter

➔ Mitglieder des Aufsichtsrates:

Susanne Steinert

(Vorsitzende)

Betriebsratsvorsitzende
DB InfraGo AG, Region Nord

Sven Hitz

(stellvertretender Vorsitzender)

Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Katrin Becker

Fachreferentin HR Operations HR Administration
Deutsche Bahn AG

Jörg Dreyer

Lokbetriebsinspektor, Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Jürgen Goldberg

Landesreferent für Kriminalprävention
Landeskriminalamt Niedersachsen

Thomas Hermann

Bürgermeister/stellvertretender Ratsvorsitzender
der Landeshauptstadt Hannover

Torsten Rathsmann

Vorsitzender Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Prof. Dr. Bodo von Rüden

Professor
Hochschule Bielefeld

Dominic Sauer

Leiter Instandhaltung AiM Netz Bremen
DB InfraGo AG

Hannover, 24. Februar 2025
(Ort, Datum)

Sparda-Bank Hannover eG
(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hannover eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- ➔ entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 und
- ➔ vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i.V.m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar:

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 3.004 Mio. EUR. Dies entspricht 57,6% der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- ➔ die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen - mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- ➔ wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- ➔ anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der

Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- ➔ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ➔ erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- ➔ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ➔ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- ➔ beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- ➔ beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- ➔ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i.V.m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- ➔ Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- ➔ Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 05. Mai 2025

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer

Dankeschön

Wir schätzen es sehr, dass unsere Partner auch 2024 zuverlässig an unserer Seite standen. Ihnen und allen, die sich für uns engagiert haben, sagen wir: danke!

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leben täglich unsere Werte und unser Motto „freundlich & fair“. Wir danken ihnen für ihren Einsatz.

Ein Dank gilt auch unseren Aufsichtsratsmitgliedern, die unsere Interessen wachsam und verantwortungsvoll vertreten.

Für ihr Vertrauen und ihre Treue danken wir unseren Kundinnen, Kunden und Mitgliedern.

Ein besonderer Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit geht an unsere historisch verbundenen Kooperationspartner DZ Bank AG, Deutsche Bahn AG und Bundeseisenbahnvermögen. Ebenso danken wir unseren Partnern BauSparkasse Schwäbisch Hall AG, DEVK Versicherungen, Union Investment AG, GENO Broker GmbH, Interhyp-Gruppe, Qualitypool GmbH, Finmas GmbH, Starpool Finanz GmbH, Hypoport AG, CHECK24 GmbH, Dr. Klein Privatkunden AG, Teambank AG, Credit Life AG und Raisin SE.

Unser Dachverband, der Verband der Sparda-Banken e. V. in Frankfurt am Main, hat uns auch 2024 partnerschaftlich unterstützt und sich für unsere gemeinsamen Interessen stark gemacht. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Impressum

Herausgeber
Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100
sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de

Gestaltung und Herstellung
PEPE berlin
Wolfener Str. 32-34, Haus M
12681 Berlin

Druck
Printmedien Biewald GmbH & Co. KG
Lägenfeldstraße 8
30952 Ronnenberg

Quellennachweis Bilder
Seite 3 Irène Zandel

Kontakt
Sparda-Bank Hannover eG
Unternehmenskommunikation
kommunikation@sparda-h.de

Unsere Standorte

1. Bremerhaven (SB)
2. Bremen, Contrescarpe-Center
3. Bremen (SB)
4. Bremen (SB)
5. Bremen (SB)
6. Bremen (SB)
7. Delmenhorst (SB)
8. Uelzen (SB)
9. Celle
10. Langenhagen
11. Seelze (SB)
12. Hannover, Ernst-August-Platz
13. Hannover (SB)
14. Hannover (SB)
15. Hannover (SB)
16. Hannover (SB)
17. Lehrte (SB)
18. Wolfsburg (SB)
19. Wolfsburg (Beratungcenter Baufinanzierung)
20. Braunschweig
21. Wolfenbüttel (SB)
22. Hildesheim
23. Hameln
24. Minden
25. Herford (SB)
26. Bielefeld
27. Detmold (SB)
28. Gütersloh (SB)
29. Goslar (SB)
30. Northeim (SB)
31. Göttingen



Stand: Februar 2025

-  10 Filialen
-  20 SB-Standorte
-  1 Beratungcenter

Sparda-Bank Hannover eG

Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100

sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de

Sparda-Bank